

Die SPD ist eine „systemverändernde“ Partei

Parteien

Aus der Rede Peter von Oertzens vor der Frankfurter SPD / Zweiter Teil und Schluß

Peter von Oertzen, Vorsitzender der Langzeit-Programmkommission beim SPD-Vorstand, hielt am Abend des 16. November vor den Delegierten des Parteitags des SPD-Unterbezirks Frankfurt im Bürgerhaus der Nordweststadt eine eineinhalbstündige Rede zu Grundsatzfragen. Er nannte sie selbst: „Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Ausführungen von Oertzens fanden bei den Parteitagsdelegierten geteilte Aufnahme. Die erste Hälfte der Rede veröffentlichte die FR am Donnerstag in ihrer D-Ausgabe, dies ist (mit einigen Kürzungen) die zweite Hälfte im Wortlaut.

Im einzelnen ergeben sich dabei u. a. folgende Fragen:

Wie können die zersplitterten Erfahrungen und Erkenntnisse der gesellschaftlichen Widersprüche zu einem zusammenhängenden politischen Bewußtsein vermittelt werden? Die herkömmliche Kategorie des „Klassenbewußtseins“ reicht darum nicht aus.

Wie können aus den konkreten Bedürfnissen und Interessen der Menschen, die der Integration in die gegenwärtige Gesellschaft entspringen, Forderungen entwickelt werden, für die heute zu kämpfen lohnt und die dennoch qualitativ über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen? Nur die Verwirklichung solcher „sozialistischer Übergangsforderungen“ kann das traditionelle Dilemma demokratisch-sozialistischer Politik vermeiden: Das beziehungslose Nebeneinander von Sonntagstheorie und Alltagspraxis.

Wie kann eine Kooperationsform entwickelt werden, die eine langfristige zusammenhängende gesellschaftliche Aktion im Rahmen einer umfassenden demokratisch-sozialistischen Strategie zwischen den verschiedenen Organisationen und Gruppen, sowie den unterschiedlichen Aktionsebenen der sozialistischen Gesamtbewegung vermittelt? Denn eine demokratisch-sozialistische Bewegung ist nur als eine kombinierte Aktion von politischer Partei, Gewerkschaften, gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, wissenschaftlichen Zentren und Intellektuellengruppen, Bürgerinitiativen, von politisch-parlamentarischen und ökonomisch-betrieblichen, von auf den Reproduktionsbereich bezogenen und rein theoretisch-intellektuellen Aktivitäten möglich.

Das einzige strategische Konzept, das bisher wenigstens im Ansatz diesen Anforderungen gerecht geworden ist, ist das einer Politik sozialistischer Strukturformen. Voraussetzungen für seine Realisierung sind unter anderem:

a) eine langfristige Perspektive muß entwickelt und geduldig durchgehalten werden. Die realen Möglichkeiten der SPD und der Gewerkschaften im besonderen und der bundesrepublikanischen Politik im allgemeinen dürfen nicht überschätzt werden;

b) die dogmatisch oder emotional begründete „revolutionäre Ungeduld“ darf nicht zu einer Vernachlässigung unverzichtbarer demokratisch-sozialistischer Einsichten und Grundsätze führen;

c) die freiheitliche demokratische Grundordnung muß erhalten bleiben

und in ihr muß der bestehende Staatsapparat demokratisch kontrolliert und sozialistisch genutzt werden können;

d) eine wirkungsvolle Planung und Lenkung der Wirtschaft muß jenes ökonomische Dilemma vermeiden können, das Mandel und Habermas, wenn auch von verschiedenen Ausgangspunkten her, charakterisiert haben: Entweder eine angeblich „revolutionäre“ Gesellschaftskrise mit katastrophalem Ausgang oder demoralisierende Niederlagen der demokratisch-sozialistischen Bewegung, die auf anderem Wege ebenfalls zu einer katastrophalen Gesellschaftskrise führen könnten.

Die SPD ist unter den gegebenen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland und für einen absehbaren Zeitraum die einzige politische Organisation, in der und mit der demokratisch-sozialistische Politik betrieben werden kann. Die Zugehörigkeit zur SPD ist daher eine langfristige, strategische und nicht eine kurzfristige, jederzeit widerrufliche taktische Entscheidung. Jeder in der SPD wirkende Sozialist, der Zweifel daran aufkommen läßt, stellt seine eigene Politik in Frage.

Die Bedingungen für die Mitarbeit in der SPD sind sehr weit gefaßt: Mitglied der SPD kann jeder sein, der sich „zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt“. (Programm letzter Satz.) Sie sind in den ersten beiden Abschnitten des Godesberger Programms formuliert. Diese enthalten das Bekenntnis zu den Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität, ferner die Ablehnung jeglicher Diktatur, die Forderung nach Verwirklichung der Demokratie als „allgemeiner Staats- und Lebensordnung“. Diese Grundwerte und Forderungen sind so allgemein gehalten, daß im Rahmen der SPD eine sehr große Spannweite verschiedener politischer Auffassungen möglich ist. Das einzelne Parteimitglied darf — unter Beachtung der notwendigen Loyalität und Parteidisziplin nach außen — innerhalb der Partei auch vom Programm abweichende Auffassungen vertreten und für die Änderung des Programms wirken. Verpflichtend ist lediglich das grundsätzliche Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus.

Aber so unzweifelhaft eine solche Feststellung auch ist, so unbezweifelbar ist es auch, daß das Godesberger Programm — ganz abgesehen von vielen einzelnen Forderungen und Formulierungen die diskutabel sind — politische

Grundentscheidungen enthält, die in den „Grundwerten“ und „Grundforderungen“ nicht deutlich ausgesprochen sind. Diese Grundentscheidungen abändern oder gar wieder aufheben zu wollen, würde bedeuten, den Charakter der SPD von Grund auf zu verwandeln und die Partei in eine schwere Krise zu stürzen, die sie für jede Art von Politik — welcher Richtung auch immer — aktionsunfähig machen würde. Diese auf absehbare Zeit jeder entscheidenden Veränderung entzogenen Grundentscheidungen sind die folgenden:

Die SPD ist eine „systemverändernde“ Partei. Sie will eine neue Gesellschaftsordnung, den demokratischen Sozialismus. Allerdings versteht die SPD unter „demokratischem Sozialismus“ nicht den konsequenten Sozialismus der Marx'schen Tradition, der durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, demokratische Planwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung gekennzeichnet wird und der die herrschafts- und klassenlose Gesellschaft zum Ziel hat. Das Gundsatzprogramm der SPD erstrebt vielmehr durch eine Verbindung von Planung und Wettbewerb, durch öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht (ggf. mit dem Mittel der Vergesellschaftung), durch Mitbestimmung der Arbeitnehmer, sowie durch eine planmäßige Sozial- und Bildungspolitik, eine vieltätigste freiheitliche soziale Demokratie.

Die SPD will eine „reformistische“ Partei sein. Das heißt, sie erstrebt das Ziel des demokratischen Sozialismus auf dem Wege schrittweiser, gesetzlicher und friedlicher Veränderungen. Sie bejaht dabei uneingeschränkt die Errungenschaften des Rechtsstaates und der politischen Demokratie. Sie verzichtet daher auf die totale Konfrontation mit dem bestehenden System und auf jede — auch nur verbale — Spielerei mit der Idee der „Revolution“ in traditionellem Sinne. Sozialdemokratische Politik ist infolgedessen notwendigerweise stets sowohl „systemstabilisierend“, als auch „systemverändernd“.

Die SPD erkennt an, daß das gegenwärtige, auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der freien Marktkonkurrenz beruhende sogenannte „kapitalistische“ Wirtschaftssystem immer noch zu großen Leistungen fähig ist, auf welche die Menschen unseres Volkes weder verzichten wollen, noch verzichten können. Der Weg zu einer sozialistischen Wirtschafts- und Sozialordnung, in der „Gewinn- und Machtstreben“, „soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit“ nicht mehr „gefährdet“ werden, kann daher nur in konkreten Einzelschritten gegangen werden. Nur dort, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem nachweisbar und offensichtlich den Bedürfnissen der Gesellschaft versagt, sind Eingriffe und Strukturveränderungen geboten. Und

nur wenn eine Mehrheit des Volkes diese Notwendigkeit auf Grund eigener konkreter Erfahrungen erkennt, können solche Strukturformen auf demokratischem Wege durchgesetzt werden.

Die SPD bekennt sich bedingungslos zu einer freiheitlichen demokratischen politischen Ordnung und lehnt jede gewaltsame Veränderung des politischen oder gesellschaftlichen Systems durch Gewalt und jede Diktatur ab. Das ist der Trennungsstrich zu sogenannten „kommunistischen“ Parteien.

Die SPD will eine offene, demokratische Volkspartei sein. Weder das Modell der alten traditionellen Sozialdemokratie vor 1918 oder vor 1933, die weitgehend eine — mindestens ebenso sehr bürokratisch wie demokratisch organisierte — Berufspartei der Lohnarbeiterschaft war, noch das Modell der revolutionären Kaderpartei Leninschen Typs, sind für sie annehmbar. Freilich ist die SPD deswegen noch lange keine Allerpartei. Sie hat ein bestimmtes Programm, das Programm des demokratischen Sozialismus. Sozialdemokraten wissen, daß sie dieses Programm nur in Vertretung der Interessen breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeitnehmer, der kleinen und mittleren Selbständigen und der Intelligenz und im Kampf gegen andersartige entgegengesetzte Interessen verwirklichen können.

Die Wiederbelebung einer prinzipiell sozialistischen, d. h. einer sogenannten „linken“ Tendenz in der SPD ist im wesentlichen der theoretischen und organisatorischen Vorarbeit der Jungsozialisten zuzuschreiben. Die wichtigsten Elemente dieser linken Tendenz sollen daher auch am Beispiel der Jusos verdeutlicht werden.

Die Jungsozialisten haben für sich die überkommene Zielsetzung des Sozialismus im ursprünglichen Marx'schen Sinne wiederhergestellt und verfechten sie in der SPD. Dabei lehnen sie wenigstens prinzipiell nach Beschlüssen ihrer Konferenzen die orthodox leninistische Spielart des Marxismus ebenso ab wie den Stalinismus, den Maoismus oder gar die anarchistisch-syndikalistischen Richtungen des Sozialismus. Sie verzichten wenigstens prinzipiell auf eine Politik gewaltsamer revolutionärer Aktionen und propagieren ihre sozialistischen Zielvorstellungen im wesentlichen zum Zweck der theoretischen Bewußtseinsbildung und nicht als gegenwärtiges Aktionsprogramm. Für die aktuelle praktische Politik verstehen sich die Jungsozialisten als der vorwärtstreibende „linke“ Flügel einer reformistischen SPD.

Nichtsdestoweniger kritisieren die Jusos den herkömmlichen „Reformismus“ der Sozialdemokratie mit grundsätzlicher Schärfe. Sie erblicken in ihm einen endgültigen Verzicht auf den Sozialismus, ja sogar einen Verzicht auf

die maßvolleren Zielsetzungen des Godesberger Programms. (Diese grundsätzliche Reformismus-Kritik wird insbesondere von der „linken“ Fraktion kultiviert.) Trotzdem bejahen die Jusos eine Politik der Reformen, legen das Schwergewicht dabei aber auf sogenannte „antikapitalistische Strukturformen“ im Gegensatz zum „systemstabilisierenden Reformismus“. Hauptkriterium dieses nicht leicht zu definierenden Unterschiedes ist die Frage, ob durch solche Reformen den lohnabhängigen Massen die Widersprüche des kapitalistischen Systems bewußter gemacht, ob vorhandene Konflikte offengelegt und ob im Interesse der Arbeiterklasse „Gegensatz“-Positionen zum Kapital entwickelt werden.

Eine wesentliche politische Sicherung gegen das Verflachen dieser Politik im bloßen „Reformismus“ und auch gegen den Aufbau neuer staatskapitalistischer

„die“ der Jungsozialisten: Gleichzeitig in und mit der SPD politische Reformarbeit betreiben und unabhängig von der Parteiroutine, notfalls sogar gegen die Partei und im Bündnis mit anderen politischen Tendenzen die Werktätigen in außerparlamentarischen Aktionen mobilisieren und zur selbständigen Vertretung ihrer eigenen Interessen organisieren.

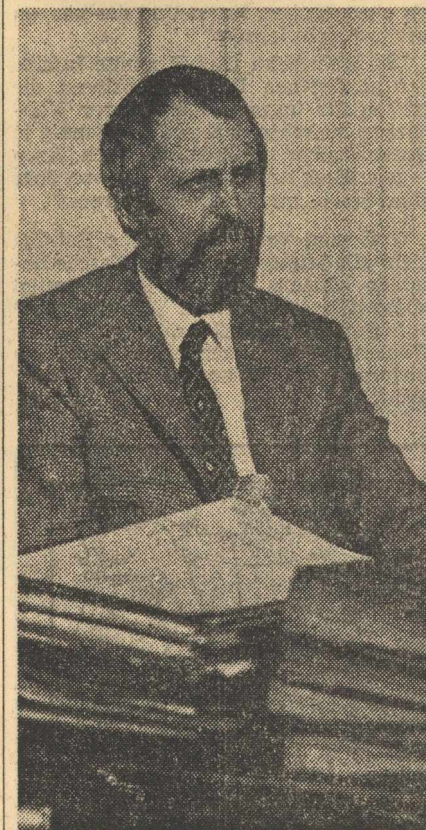
Eine Voraussetzung für diese gesamte Strategie ist der Kampf um die „Demokratisierung“ der Partei: Das bedeutet: größtmögliche Bewegungsfreiheit für alle Tendenzen in der Partei. In der Praxis natürlich erst einmal in erster Linie für die Jusos, Kontrolle der Parteiführung“ durch die „Basis“, Kontrolle der von Sozialdemokraten besetzten Positionen im Staatsapparat durch die Partei, Öffnung der Partei gegenüber außerparlamentarischen Aktivitäten.

Die in diesem Ansatz selbst liegenden Gefahren und Möglichkeiten des Scheiterns sind:

Die Rückbesinnung auf den klassischen Marxismus. Natürlich erstrebt die große Mehrheit der Jungsozialisten nicht eine Verwandlung der SPD in eine „Kaderpartei revolutionären Typs“; aber die Phraseologie vieler Jusos erweckt dennoch gelegentlich diesen Eindruck.

Die in der Tat theoretisch höchst anspruchsvolle und praktisch sehr schwierige dialektische Vermittlung zwischen der sozialistischen Theorie und der Praxis antikapitalistischer Strukturformen mißlingt in den meisten Fällen. Eine platte Reformismuskritik auf der einen, platter Reformismus auf der anderen Seite sind die Folgen. Eine weitere Folge ist die jede solidarische Arbeit in der SPD vergiftende dogmatische Entgegensetzung von „Sozialisten“ und „bloßen Sozialdemokraten“.

Eine unerschöpfliche Quelle von Mißdeutungen und Mißtrauen ist die Doppelstrategie. Der in der herkömmlichen Tradition aufgewachsene Sozialdemokrat muß sie fast unvermeidlich als einen bössartigen Trick empfinden, mit dem eine Arbeitsgemeinschaft von außen Druck auf die Partei ausübt, ohne an die Organisationsdisziplin der Partei gebunden zu sein. Die außerparlamentarische Arbeit von Sozialdemokraten als sinnvolle Ergänzung, ja als Stärkung der Arbeit der Partei selbst einsichtig zu machen, gelingt nur gelegentlich. Überdies versäumen die Jusos nicht selten, in den dabei unvermeidlichen Bündnissen mit anderen politischen Tendenzen den eigenen demokratisch-sozialistischen Standpunkt genügend deutlich sichtbar zu machen. (Die kommunistischen Gruppen sind in der Regel in der Wahrung ihrer eigenen ideologischen und organisatorischen Interessen oftmals viel unsentimentaler und konsequenter als linke Sozialdemokraten.)



Machtpositionen wird darin gesehen, daß gleichzeitig mit der staatlich-parlamentarischen Politik der „antikapitalistischen Strukturformen“ eine Mobilisierung der Massen und ein Aufbau unabhängiger Gegenmachtpositionen in der Gesellschaft vor sich geht. (Dieses Erfordernis wird mit besonderem Nachdruck von der „linken“ Fraktion vertreten.) Hier liegt der theoretische Ansatz für die vielberufene Doppelstrategie.

Jusos nicht selten im Widerspruch zwischen ihren Zielen und ihrer Taktik

Im Kampf um Einfluß und Macht in der Partei — der unvermeidlich und legitim ist — lassen sich die Jungsozialisten nicht selten in einen Widerspruch zwischen ihren Zielen und ihrer Taktik hineintreiben. Wer mit dem Anspruch der Basis-Demokratisierung auftritt, darf nicht die Praktiken alter Apparatschiks kopieren wollen. (Was sich die Mehrheitsfraktion der Jusos auf dem Bundeskongreß in Hannover 1971 an Manipulation und Tricks erlaubt hat, konnte alte in Konferenzschlachten ergraute „reformistische Bürokraten“ schamrot werden lassen.) Dasselbe gilt für den Widerspruch zwischen einer vorgeblichen Politik „rationaler Argumentation“ und einer trotzdem oftmals geübten Praxis persönlicher Diffamierung. Auf der anderen Seite werden nicht selten ein dogmatischer Demokratismus und eine geschäftsordnungstechnische Prinzipienreiterei geübt, die jede effektive Organisation und politische Führung gelegentlich unmöglich zu machen drohen.

Die gegenwärtigen innerparteilichen Probleme — Auseinandersetzungen, Spannungen, Konflikte — sind im wesentlichen durch die Herausforderung der „Linken“ an die überkommene sozialdemokratische Politik hervorgerufen worden. Sie wurzeln alle ohne Ausnahme in der Doppelstrategie innewohnenden Problematik: Der Sozialist muß die kurzfristigen Interessen der arbeitenden Menschen in dieser Gesellschaft und ihre langfristigen Interessen gegen ihre beherrschenden Strukturen vertreten. Er muß — verfassungstreu, gesetzestreu, loyal — in und mit dem bestehenden

Staatsapparat arbeiten und ihn gleichzeitig zu verändern versuchen. Er muß in Parlament, Regierung, Verwaltung und Partei tätig sein und gleichzeitig die Menschen außerhalb dieser Institution, d. h. ggf. auch im Konflikt mit ihnen mobilisieren.

Voraussetzung für eine vernünftige Bewältigung dieser Problematik ist die Einsicht, daß die Doppelstrategie für eine demokratisch-sozialistische Bewegung — nicht für die Partei — unverzichtbar und daher rührende Problematik unvermeidlich ist. Die außerordentlichen Belastungen, die aus den Konfliktsituationen der Doppelstrategie erwachsen, können nur ertragen werden, wenn alle einsehen, daß diese Konflikte unausweichlich sind.

Erste Konsequenz dieser Einsicht muß der radikale Verzicht auf die moralisierende Aufblähung der unvermeidlichen Konflikte sein. Die Aktivisten der außerparlamentarischen Arbeit sind als solche keine „Kommunistischen Unterwanderer“, die Mandatsträger und Parteifunktionäre als solche keine „Angehörigen des korrupten Establishments“. Das Verhältnis zwischen Gremienarbeit und Basisarbeit ist Ausdruck einer rationalen innersozialistischen Arbeitsteilung und nicht eines Klassenkampfes. „Gremienarbeit“ und „Basisarbeit“ sind Elemente einer einheitlichen Strategie und dürfen trotz aller unvermeidlichen Konflikte nicht gegeneinander verselbständigt werden.

Das praktische Hauptproblem ist zur Zeit, daß „Basisarbeit“ vorerst überwiegend nur in Theorie und Deklamation,

nicht aber in der Wirklichkeit existiert. Nicht selten dient sie als verbales „linkes“ Aushängeschild für ganz traditionelle Gremienarbeit.

Im Gegenzug dazu wird Basisarbeit oftmals als eine im Grunde perspektivenlose punktuelle Politik der Nadelstiche oder Tritte vor das Schienbein der Gremienpolitiker betrieben. Im Extremfall entwickelt sich, da man Gremienarbeit nicht leisten will und Basisarbeit nicht leisten kann, eine neue Form des pseudorevolutionären Quietismus: Kleine Zirkel praktisch völlig untätiger „Linker“ bestärken sich in folgenlosen theoretischen Diskussionen über „Basismobilisierung“ gegenseitig im Glauben an die reine Lehre.

Aus dieser Situation entwickeln sich theoretische Auffassungen, die mit einer realistischen demokratisch-sozialistischen Strategie unvereinbar sind: Die prinzipielle Abqualifizierung der Gremienarbeit als „Integration“ in das System, die Diskreditierung sogenannter nur „systemstabilisierender“ Reformen, die pauschale Kritik des sogenannten „Reformismus“, das Theorem von der sogenannten „Sozialstaatsillusion“. Die Vertreter solcher Auffassungen befinden sich objektiv in einem unauf lösbaren Widerspruch zu den Zielen und praktischen Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik. Für den Fall, daß sie ihre Auffassungen nicht mehr — wie bisher überwiegend — nur verbal vertreten, sondern anfangen, praktische Konsequenzen daraus zu ziehen, würden sie die SPD lediglich zerstören, nicht aber erneuern können.

Die einheitliche, breite mehrheitsfähige demokratisch-sozialistische Reformpartei als politischer Kern der sozialistischen Bewegung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine Politik sozialistischer Strukturreformen. Wer die Einheit der Partei vorsätzlich oder fahrlässig in Frage stellt, ist in der SPD am falschen Platz. Die Auseinandersetzung mit diesen Genossen muß primär als offene politische Diskussion geführt werden. Erreicht diese Diskussion jedoch nicht zumindest einen praktischen Konsensus, eine Übereinstimmung über Verhaltensweisen, dann darf die Partei die organisatorische Trennung von solchen Mitgliedern nicht scheuen.

Eine besonders schwierige Frage wird für eine demokratisch-sozialistische Reformstrategie durch spontane gesellschaftliche Aktionen aufgeworfen, die die bestehende Rechtsordnung — u. U. sogar mit gewaltsamen Mitteln — verletzen. Diese Problematik kommt z. B. in gewissem Umfang bereits bei spontanen Arbeitsniederlegungen zum Ausdruck, stellt sich aber zugespitzt bei sogenannten „Hausbesetzungen“. Die Bedeutung dieses Problems reicht über den konkreten Anlaß hinaus und berührt prinzipielle Fragen unserer Politik.

Die ohne die Zustimmung des Eigentümers vorgenommene Besetzung leerstehender Häuser kann menschlich, sozial und politisch verständlich sein, wenn dadurch demonstrativ auf Mißstände aufmerksam gemacht oder gar wohnungslosen Menschen vorüber-

gehend eine Unterkunft verschafft wird. Trotzdem steht außer Zweifel, daß derartige Hausbesetzungen rechtswidrig sind. Es kann und soll nicht geleugnet werden, daß in der Geschichte der sozialen und politischen Reformbewegungen bis in die Gegenwart hinein das Durchbrechen der geltenden Rechtsordnung unter bestimmten Umständen dazu beigetragen hat, notwendigen Reformen den Weg zu ebnen. Nichtsdestoweniger können rechtswidrige Aktionen nicht legitimer Inhalt der Politik der SPD, ihrer Gliederungen oder einer ihrer Arbeitsgemeinschaften sein.

Der Versuch, das unzweideutige Bekenntnis zu rechtsstaatlichen Grundsätzen als „Rechtsfetischismus“ abzutun (wie er in der innerparteilichen Diskussion immer wieder unternommen wird), ist sachlich irrig und politisch schädlich; er muß daher entschieden zurückgewiesen werden. Es ist eine schwere und gefährliche Selbsttäuschung zu meinen, daß in unserer Demokratie das Beharren auf den Grundsätzen des Rechtsstaates in erster Linie oder gar ausschließlich dazu führe, die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten; im Gegenteil: Der Rechtsstaat und die Regeln der Demokratie dienen auch und vor allem dem Schutz von Minderheiten sowie der Verteidigung sozial und ökonomisch benachteiligter Gesellschaftsschichten.

Diesen Standpunkt einnehmen, heißt nicht, die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschafts-, Staats- und Rechtsordnung zu leugnen und vor möglichen Bedro-

hungen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates die Augen zu verschließen. Das Godesberger Programm sagt ganz eindeutig: „In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“ Im Kampf für diese „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ (Godesberger Programm) gehört es zu den selbstverständlichen Aufgaben sozialdemokratischer Politik, auch die geltende Rechtsordnung — wenn nötig — zu kritisieren und zu verändern. Im Rahmen einer solchen Politik sind friedliche und gesetzmäßige Demonstrationen, Aufklärungsaktionen und Bürgerinitiativen legitime und unentbehrliche Mittel zur Politisierung und Mobilisierung der Menschen. Der Spielraum des geltenden Rechts ist groß genug für sinnvolle Aktivitäten.

Sollten allerdings reaktionäre Kräfte in der Bundesrepublik jemals den Boden der Demokratie und des Rechtsstaates verlassen, dann würden ihnen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten müssen und auch den gewaltsamen Kampf nicht scheuen. Aber sogar in einem solchen Kampf, ja gerade in einem solchen Kampf, wäre die Verteidigung von Verfassung, Demokratie und Rechtsstaat die entscheidende Rechtfertigung; und die Glaubwürdigkeit dieser Rechtfertigung könnte eine politisch ausschlaggebende Waffe sein...

Es gibt keinen Grund für sentimentale Solidarisierung mit Heuchlern

Auch das Problem der sogenannten „Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst“ bedarf einer rationalen und politischen, nicht nur einer emotionalen oder rein individualrechtlichen Beurteilung. Der Parteitag 1973 hat fast einstimmig beschlossen, daß Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassen werden sollen. Abgesehen von der Respektierung des geltenden Verfassungs- und Beamtenrechts, ist dies meiner Meinung nach auch politisch eine richtige Entscheidung. Wir haben keinen Grund, öffentliche Schlüsselpositionen, z. B. Erziehungswesen, Kräften zu überlassen, für die Demokraten nur „Agenten der Diktatur des Kapitals“ und demokratische Sozialisten „verächtliche Verräter der Arbeiterklasse“ sind. Ich habe doch keine masochistischen Neigungen. Es gibt auch keinen Grund für eine sentimentale Solidarisierung mit politischen Heuchlern, die „Berufsverbote“ nur dann beklagen, wenn sie von „bürgerlichen Gerichten“ ausgesprochen werden, sie jedoch bejubeln, wenn sie von einer sogenannten „proletarischen Justiz“ verhängt worden sind. Wenn wir für größtmögliche Toleranz und strikteste Rechtsstaatlichkeit eintreten, tun wir es um unserer eigenen Grundsätze

willen, nicht aus Solidarität mit politischen Tendenzen, die massenhafte Berufsverbote über demokratische Sozialisten verhängen würden, wenn sie die Macht dazu hätten.

Ein Ausdruck des gestörten Verhältnisses vieler Sozialisten zur staatlichen Macht und zum Staatsapparat ist auch die Tatsache, daß es bisher keine realistische sozialistische Außen- und Sicherheitspolitik gibt. Wir müssen ferner erkennen, daß Staaten — unbeschadet unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen — legitime außenpolitische Sicherheitsinteressen haben. Wir müssen ferner erkennen, daß z. Z. der Weltfrieden weitgehend vom Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt abhängt. Jede Entspannungs- und Abrüstungspolitik muß diesen Umstand berücksichtigen. Jede antiimperialistische und jede sozialrevolutionäre Politik, ganz gleich in welchem Teil der Erde, findet eine Grenze dort, wo sie droht, den atomaren dritten Weltkrieg auszulösen.

Der Versuch, die Doppelstrategie zum Kern einer demokratisch-sozialistischen Reformstrategie zu machen, wirft schwere, weitgehend noch unge löste organisatorische Probleme auf. Brennpunkte der Auseinandersetzung hierüber sind zur Zeit die Forderung nach einem Minimum sozialdemokratischer Aktionsdis-

ziplin, die besonders bei der Frage von Aktionsbündnissen mit nichtdemokratischen, pseudosozialistischen Gruppierungen akut wird, der Streit um das sogenannte imperative Mandat, die Einhaltung gewisser Regeln innerparteilicher Solidarität. Alle diese Probleme bleiben unlösbar, solange sie bloß formaljuristisch oder bloß moralisierend behandelt werden, sie werden lösbar, wenn der politische Sinn bestimmter organisatorischer Entscheidungen diskutiert wird.

Eine politische Organisation, in der miteinander streitende Tendenzen sich gegenseitig härter bekämpfen, als den gemeinsamen politischen Gegner, steht entweder vor der Spaltung oder ist zumindest aktionsunfähig. Diese Binsenweisheit erfordert für erfolgreiche politische Arbeit ein Mindestmaß an Aktionsdisziplin und zieht jeder innerparteilichen „Konfliktstrategie“ bestimmte Grenzen.

Ein gewählter Volksvertreter ist während seiner Wahlperiode nicht aberkennbar, und die SPD erstrebt in Verfassung und Rechtsordnung auch nicht die Ersetzung des freien Mandates durch das gebundene Mandat im Sinne der Räte-demokratie. Dies ist unstrittig. Ebenso unstrittig ist aber auch, daß die Partei das Recht hat, ihre Mandatsträger zu kontrollieren und daß Mandatsträger in

ihrer Eigenschaft als Parteimitglieder an Parteibeschlüsse genauso gebunden sind, wie andere Parteimitglieder. Die praktische Frage, ob Parteitage oder Parteivorstände, Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen dauernd in ihre Arbeit hineinreden sollen, ist kein verfassungstheoretisches Grundsatzproblem, sondern ausschließlich eine Sache der politischen Zweckmäßigkeit, und hier bin ich der Meinung, daß es zweckmäßig ist, einen relativ großen Entscheidungsrahmen zu geben.

Werden zwei Einsichten allgemein anerkannt, nämlich daß die Einheit der Partei unverzichtbar ist und daß eine Doppelstrategie unvermeidlicherweise Konflikte mit sich bringt, dann reduzieren sich die vielberufenen „Grundsätze innerparteilicher Solidarität“ auf wenige Verhaltensregeln, die unter vernünftigen Menschen unumstritten sind: z. B. offene gegenseitige Information; erst innerparteiliche Klärungsversuche, ehe der Kontrahent eines Streites an die Öffentlichkeit tritt; keine administrative Beeinflussung innerparteilicher Diskussion; keine persönlichen Beschimpfungen oder Unterstellungen usw. Werden jene Voraussetzungen aber nicht anerkannt, dann nützt der längste „Solidaritätskodex“ gar nichts.

Das zentrale Problem für eine Strategie

demokratisch-sozialistischer Reformen, von dessen Lösung die SPD freilich noch weit entfernt ist, liegt in der Entwicklung einer realisierbaren sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In einem Diskussionspapier für die Kommission Orientierungsrahmen hat Johano Strasser die entscheidenden Fragestellungen formuliert:

Kernstück einer jeden sozialistischen Strategie ist die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, d. h. Durchsetzung einer demokratischen Entscheidung über Investitionen, Organisation der Arbeitsprozesse und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Eine wesentliche Etappe zu diesem Ziel ist die Vergesellschaftung des Finanzsektors und der wichtigsten, den gesamtwirtschaftlichen Prozeß bestimmenden Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen.

Gleichzeitig müssen Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Bevorzugung von Kapitalinteressen in Legislative und Exekutive und in den Organen der bürgerlichen Öffentlichkeit getroffen und im Ausbildungs- und Mediensektor Voraussetzungen für kritische Information und Kommunikation und für die Einübung demokratischer Verhaltensweisen geschaffen werden.

Auf der Basis der gesellschaftlichen Verfügung über die volkswirtschaftlich entscheidenden Ressourcen ist ein System planvoller Wirtschaftslenkung zu entwickeln, das zentrale Rahmenplanung mit dezentraler Feinstuerung verbindet, das die strukturellen Schwächen des kapitalistischen Systems vermeidet und flexibel genug ist, um kurzfristig die Interdependenzproblematik berücksichtigende Plankorrekturen vornehmen zu können, wenn die Mehrheit ihr Veto gegen angekündigte Planziele einlegt...

Den Thesen Strassers ist in allen wesentlichen Punkten zuzustimmen. Eines muß jedoch eingewendet werden: Die Forderung nach Vergesellschaftung von Produktionsmitteln stellt das Problem nur, löst es aber nicht. Nicht ob bestimmte Unternehmen oder Branchen aus dem allgemeinen Prozeß der Kapitalverwertung herausgenommen werden sollen, sondern wie das vonstatten gehen kann, ist die entscheidende Frage. Dieser Einwand gilt noch mehr gegenüber jenen, die pauschal die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel verlangen. Diese Forderung ist nicht nur inhaltlich leer, sie ist darüber hinaus in absehbarer Zeit unerfüllbar und sie widerspricht dem Parteiprogramm; sie ist daher falsch und politisch schädlich...